

29. Oktober 07:

Soo nicht mit uns!

Das geht nur ganz anders!



Aktionstag der Sozialproteste:

- ▶Gegen den Aufschwung der Arbeit in Armut!
- ▶Für 500 € Grundsicherung und 10 € gesetzlichen Mindestlohn!

Hartz IV ist eine Politik der Einschränkung von Rechten ganzer Teile der Bevölkerung, der zwangsweisen Beschäftigungsgelegenheiten ohne Anspruch auf Lohn und Arbeitnehmerrechte, der gesetzlichen Verarmung, der zahlenmäßig verdoppelten Kinderarmut und der Perspektive einer zukünftigen Altersarmut.

Wir rufen die sozialen Aktionsgruppen, Erwerbslosen-Initiativen, gewerkschaftliche Erwerbslosenausschüsse, Soziale Bündnisse und lokale Sozialforen, Mayday-Bündnisse und politische Gruppen auf, am 29. Oktober mit vielfältigen und widerständigen Formen neue und alte „Armut“ und unseren Protest gegen die herrschenden Zustände wieder mit sichtbar zu machen:

- ▶Die Ursachen für Massenarbeitslosigkeit liegen bei der Wirtschaft und Politik. Wenn politische Entscheidungsträger/innen behaupten, Erwerbslosigkeit sei ein individuelles Problem, das aus ungenügender Bildung und mangelnder „sozialer Kommunikation“ entsteht, dann haben sie den Blick für die soziale Wirklichkeit verloren. Die Regierungsparteien wollen zum November prüfen, ob die AlgII-Bezüge ausreichen, wir werden unsere Erfahrungen in ihre Verwaltungen Partei- und Wahlbüros tragen.
- ▶„Ein-Euro-Jobs“ und andere Maßnahmen frisieren immer noch die realen Erwerbslosenstatistiken. Wir wollen nicht als Null-Euro-„Bürger-Arbeiter/in“ den abgebauten öffentlichen Dienst ersetzen. Macht den Missbrauch sichtbar, wo Kommunen, Vereine und Unternehmer von unserer Armut leben.
- ▶Alg II und befristete Leiharbeit setzen Belegschaften unter Druck. Wir wollen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen, weder bei BMW in Leipzig, noch anderswo.

Wenn die herrschende Politik einen realistischen Blick auf die sozialen Zustände verloren hat, dann müssen diese zu ihr kommen. Wir rufen zu einem dezentralen Aktionstag gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse am 29. Oktober auf:

- ★ **Reale Mindesteinkommen sichern:** Statt 347 € muss eine Grundsicherung in Höhe von mindestens 500 Euro repressionsfrei gewährt werden, um das soziale Recht auf eine demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umzusetzen. Ein gesetzlich verankerter Mindestlohn von 10 Euro ist gegen Armutslöhne notwendig!
- ★ **Individuelle soziale Rechte statt Hartz IV-Repressionen:** Das Instrument der „Bedarfsgemeinschaft“ gehört abgeschafft; Kinder sind ganze Menschen und nicht nur 60% eines Erwachsenen wert! Auszugsverbote und das disziplinierende Verwaltungsrecht auf vollständigen Entzug der gewährten Sozialleistungen für junge Erwerbslose muss aus dem Sozialgesetzbuch II gestrichen werden. Eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und junge Erwachsene ist notwendig. Hartz IV wird zu einer massiven Anstieg der Altersarmut führen.
- ★ **Das Instrument der Regelsätze demokratisieren:** Die Art der Berechnung und die Höhe des ALG II, des Sozialgeldes und der gewährten Armutsrente müssen von einer „unabhängigen Kommission“ unter Beteiligung der Nationalen Armutskonferenz und der Interessenvertretungen der Erwerbslosen, Behinderten und chronisch Kranken, sowie der Zusammenschlüsse für Kinderrechte berechnet und angepasst werden, Bedarfe von Kindern, jungen Erwachsenen und chronisch Kranken müssen eigenständig und angemessen aufgestellt werden!
- ★ **Arbeit gerecht verteilen:** Wir erleben gerade einen kapitalistischen Wettbewerb der Rationalisierung und Leistungsverdichtung, der gesteigerten „Entlassungsgewinne“, Arbeitszeitverlängerung und direkten Lohnkürzung. Erarbeitete Anrechte an der gesetzlichen Rente werden durch verlängerte Lebensarbeitszeit bis zum 67sten Lebensjahr und zwangsweise Frühverrentung gekürzt. Wir unterstützen alle betrieblichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfe für eine „Arbeitszeitverkürzung auf eine neue 30 Stunden-Normalarbeitswoche bei vollem Lohnausgleich“. Die vorhandene Lohnarbeit muss genauso gerecht verteilt werden, wie die eigene Sorgearbeit in den Familien. Wir wollen von unserer Arbeit leben! Leben ist aber mehr, als der Kapitalwertung zu dienen.
- ★ **Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit anerkennen:** Statt freiwillig erzwungener „Bürgerarbeit“ ohne und „kommunalen Kombi“ mit Armutslohn, braucht die Gesellschaft wieder mehr soziale Demokratie und Kontrolle der öffentlichen Güter und Dienstleistungen. Bürger und Bürgerinnen müssen an der Aufstellung der kommunalen Haushalte beteiligt werden und damit einen sinnvollen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen, in dem Erwerbslose eigenverantwortlich und selbstbestimmt Initiativen und Projekte für gesellschaftlich notwendige Arbeit entwickeln.

Von Arbeit muss man in Würde leben können und ohne auch!

„Leben in wahrgenommener und gewährter Würde ist reiches Dasein, Leben in verletzter Würde ist armes Dasein. Elend kommt nahezu zerstörter Würde gleich.“ (H. Thiele)